

de, gebrauchte
eue, ferner
er Größe,
er, Kraut-
alle Sorten
ibel
kauft,
Calwer Markt.
eider,
d Rübler.

erleben

Größen
t billigst
Wochele
andlung

! Ich
mich in
uren von
waren
Stadt und Land
zukommen zu
Karl Stoll
er, Haagasse

ornbif
en

Spezial-
schaft
ft r. 84

ellen
er Husten, wie
das kratzende
Heiserkeit.
ren bewährten
n.

nd wo Plakate



1



Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schöele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Die deutsch-englische Industriekonferenz. Das Ergebnis der Besprechungen.

In London, 12. Okt. Die Konferenz zwischen den deutschen und englischen Industriellen ist am Sonntag abend zu Ende gegangen. Es wurde beschlossen, ein Komitee einzusetzen, das aus der gleichen Anzahl deutscher und englischer Industrieller zusammengesetzt ist und die Aufgabe hat, die in den Besprechungen behandelten Fragen weiter zu fördern und zu untersuchen. In London wird ein ständiges Sekretariat errichtet werden, das die Fühlungnahme zwischen den beiderseitigen Industriellen aufrecht erhalten soll. In einem Rückblick über die Arbeiten der Konferenz wird betont, daß es sich nur um die Erörterung der Möglichkeit gehandelt habe, zu einer deutsch-englischen Wirtschaftsentente zu gelangen. Das Resultat sei im großen und ganzen ein systematischer Meinungsaustausch über die internationale Zusammenarbeit in mehreren wichtigen Zweigen der Industrie und eine Uebersicht der Aussichten der internationalen Produktion und des Rückgangs der Kaufkraft der Welt gewesen. Die Prüfung aller dieser Fragen werde fortgesetzt werden. Die ganze Unterhaltung habe sich in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und guten Willens abgespielt.

Amerika und die Dawesobligationen. Die Haltung Washingtons.

In Paris, 12. Okt. Nach einer Meldung des „British United Press“ aus Washington wird von der amerikanischen Regierung die Ratifizierung des Schuldenabkommens als notwendige Voraussetzung für die Emission der Eisenbahnobligationen in Amerika angesehen. Die Summe, die zur Stabilisierung des Franzosen notwendig sei, müßte aus Amerika kommen, aber eine Mobilisierung der Eisenbahnobligationen und deutsche Devisenzahlungen an Frankreich seien praktischer als der Verkauf französischer Staatspapiere in den Vereinigten Staaten. Die finanziellen Sachverständigen seien der Ansicht, daß eine Summe von 2 Milliarden Goldmark genügend sei, um Frankreich zufriedenzustellen. Das Verbot direkter und indirekter amerikanischer Anleihen für Frankreich werde erst nach einer Ratifizierung des Schuldenabkommens aufgehoben werden.

Amerika mit der Mobilisierung der Dawesanleihe einverstanden?
In Paris, 12. Okt. Der „Intransigent“ verbreitet mit seinen größten Lettern die Nachricht aus Washington, daß die amerikanische Regierung mit der Mobilisierung der Dawesanleihe einverstanden sei. Das Blatt verneint aber die Meldung mit einem großen Fragezeichen. Auch würden, so erklärt das Blatt, sich die amerikanischen Bankiers weiterhin gegen die Finanzierung erklären. Es wäre also, so meint das Blatt, zunächst erst ein Schritt nach vorwärts getan; eine endgültige Lösung sei noch nicht gefunden.

Französische Sabotage der Choisy-Politik.

Die Pariser Presse zur Kanzlerrede.
In Paris, 12. Okt. Der „Temps“ kommt heute auf die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning in Essen zu sprechen und betont, daß dessen Erwähnungen im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Monate eine große Bedeutung gewinnen und zwar in dem Sinne, daß sie den Willen der deutschen Regierung beweisen, die Verhandlungen von Locarno, Genf und Choisy fortzusetzen. Das merkwürdigste an der gegenwärtigen Auffassung in Deutschland wäre, daß der Politik von Locarno, Genf und Choisy weit weniger Widerstand entgegengebracht wird als vor kaum 2 Jahren der „einfachen“ Tatsache der Regelung der Reparationen durch den Dawesplan. Man dürfe sich aber keine Illusionen über die moralischen Beweggründe machen, die die Deutschen zu ihrer gegenwärtigen Haltung veranlassen. Sie hätten nichts mit Grundgesetzen und patriotischem Idealismus zu tun und seien nur durch die Notwendigkeit diktiert, die wesentlichen Interessen Deutschlands zu schützen und ihm alle Möglichkeiten zu sichern, die den Wiederaufbau der deutschen Macht in der Welt ermöglichen können. Das Blatt verlangt, daß sich die französischen Unterhand-

lungen angestellt im Hinblick auf die Schwierigkeiten, denen sich die beiden Industrien auf dem Weltmarkt gegenübersehen. Man betont, daß beide Parteien dahin übereinstimmen, daß die Produktionsmöglichkeiten den Weltkonsum weit übertreffen. Weiterhin wurde ein Gedankenaustausch über den Gang der Ereignisse in den letzten zwölf Monaten gepflogen. Man glaubt, daß das Ergebnis der ganzen Verhandlungen sein wird, daß sie nach genügender Vorbereitung des Bodens schließlich zum Abschluß eines wirtschaftlichen Locarno führen werden. Ein Teil der Delegierten ist bereits Sonntag abend nach London gereist, während die Mehrzahl der in Rompe befindlichen Delegierten erst am Montag vormittag nach London zurückkehrt. Die deutschen Delegierten beabsichtigen, England schon am Montag zu verlassen.

Duisberg berichtet über die Industrie-Verhandlungen.
In Berlin, 12. Okt. Der Führer der deutschen Industrie-Delegation in England, Geheimrat Duisberg, wird am Donnerstag, den 14. Oktober in der Präsidialsitzung und in der anschließenden Vorstandssitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die Ergebnisse der Fühlungnahme mit der engl. Industrie berichtet. Außerdem wird in diesen Sitzungen die Debatte über die Dresdener Rede Silberbergs weitergeführt werden. Es ist anzunehmen, daß der Reichsverband der deutschen Industrie in einer amtlichen Mitteilung offiziell zu der Silberberg'schen Rede Stellung nimmt und die Konsequenzen andeutet, die er aus ihr zu ziehen gewillt ist.

Auch englisch-französische Industrie-Besprechungen?
In Paris, 12. Okt. Wie der Londoner Vertreter des Paris-Midi mitteilt, haben englische offizielle und Wirtschaftskreise die Absicht, auch den französischen Industriellen eine ähnliche Konferenz vorzuschlagen, wie sie zwischen englischen und deutschen Industriellen stattgefunden hat.

Der französische Diplomatenstreik.

In Paris, 12. Okt. Der französische Diplomatenstreik, der vor einigen Tagen die französische Presse auf das lebhafteste beschäftigte, jedoch vom Quai d'Orsay dementiert wurde, schiebt nach wie vor das Gesprächsthema in den diplomatischen Kreisen von Paris. Wie der Vertreter der Telunion erfährt, soll der Rücktritt des Berner Völkchafers Hennessy und des römischen Völkchafers Besnard beschlossene Sache sein. Auch der Rücktritt des Berliner Völkchafers de Margerie von seinem Posten wäre bereits entschieden. De Margerie soll am Quai d'Orsay in leitender Stellung verwandt werden. Als erster Kandidat wird trotz der Ablehnung, die er in der deutschen Öffentlichkeit fand, der Völkchafter in Romo Claudel genannt, der seit längerer Zeit in Frankreich weilt. Das Dementi des Quai d'Orsay wird dahin erläutert, daß die Ernennung Claudels aus Höflichkeitsgründen nicht eher bekannt gegeben werden könne, bis nicht das Agreement der Berliner Regierung für Claudel eingetroffen sei. Andererseits scheint man am Quai d'Orsay Zweifel zu hegen, ob die Reichsregierung ihr Agreement für Claudel überhaupt noch erteilen wird. Für diesen Fall käme der Warschauer Völkchafter Laroche für den Berliner Posten in zweiter Linie in Frage. Es wäre zu zweifeln, ob Herr Laroche für den Berliner Posten wesentlich geeignet wäre als Herr Claudel. Schon der Wechsel aus Warschau nach Berlin dürfte in der deutschen Öffentlichkeit ein gewisses Mißbehagen auslösen.

Neue Kämpfe in Marokko.

In Paris, 12. Okt. Aus Casablanca wird gemeldet, daß sich in der spanischen Marokkone erneut eine Tätigkeit der Stämme bemerkbar macht. Ein Scherif der spanischen Zone hat in der Gegend nördlich von Fez eine Reise zur Sammlung von Steuer-

Tages-Spiegel.

Die deutsch-englischen Industrie-Besprechungen haben einen für beide Teile befriedigenden Verlauf genommen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind wieder aufgenommen worden.

In Preußen finden offizielle Koalitionsverhandlungen zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei statt.

Die Regierungsvorlage über die Abfindung der Hohenzollern wurde vom preussischen Landtag dem Hauptausschuß überwiesen und von diesem angenommen.

In der Frage der Mobilisierung der Dawesobligationen ist die Haltung Washingtons immer noch unklar. Ohne vorherige Ratifizierung des Schuldenabkommens wird Frankreich kein Entgegenkommen finden.

Poincaré hat eine Schulinspektionsreise in das Elsaß angetreten. Er begibt sich über Metz nach Straßburg.

Gestern begann im Kurhaus in Baden-Baden die europäische Fahrplankonferenz, an der alle Länder Europas beteiligt sind.

Gaben unternommen, die zu einer neuen Gärung bei den Beni Zermal geführt hat. Nach dem Abzug der spanischen Truppen wurden Odrer, die sich den Spaniern unterworfen hatten, von den Aufständischen angegriffen. Die Erfolge der Aufständischen führten zu einer weiteren Bewegung gegen die spanischen Truppen, die unter dem Kommando des spanischen Obersten Capaz kämpften. Die marokkanischen Bundesgenossen der Spanier wurden von den Aufständischen geschlagen und mußten sich zurückziehen.

Vor der Regierungsumbildung in Preußen.

In Berlin, 12. Okt. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags, Abg. Dr. Borjé, hat gestern nachmittag in offizieller Anfrage seiner Fraktion den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtag, Dr. von Campe, zu einer Besprechung über die Frage der Regierungsumbildung in Preußen aufgefordert.

In Verfolg der Einladung der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages an die Fraktion der Deutschen Volkspartei fand gestern abend die erste Besprechung zwischen den Führern der beiden Fraktionen statt. Die Besprechungen werden heute vormittag fortgesetzt.

Um die Hohenzollernvorlage.

Die Hohenzollernvorlage im Hauptausschuß des preussischen Landtags angemessen.
In Berlin, 12. Okt. Der Hauptausschuß des preussischen Landtags nahm gestern abend die Vorlage über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem Haus Hohenzollern mit allen gegen 3 kommunistische Stimmen bei Stimmenthaltung der 8 sozialdemokratischen Mitglieder an, desgleichen verschiedene deutschnationale Anträge auf Verbesserung der Verhältnisse der ehemaligen Hofbeamten. Die Vorlage geht an das Plenum zurück und soll heute in 2. und am Freitag in 3. Lesung endgültig verabschiedet werden.

Stürme über der Nordsee.

Der Sturm auf Helgoland.
In Helgoland, 12. Okt. Gewaltigen Schaden hat die Sturmflut auf Helgoland angerichtet. Der Düne hat überall so schwer gelitten, daß sie einer neuen starken Sturmflut in der vorgestrigen Stärke kaum standhalten dürfte. Die Straßen des Unterlandes und die Landungsbrücke waren überflutet. Auf der Düne wurden über hundert Badekaren fortgerissen und fortgespült. Einen schweren Verlust erlitten die Helgoländer Hummerfischer, die alle ihre Hummerkörbe, 2000 Stück, durch die Flut verloren.

Der Sturm an der französischen Küste.
In Paris, 12. Okt. Ein ungeheurer Sturm wütet seit Samstag an der französischen Küste. Der größte Teil der auf hoher See sich befindlichen kleineren Schiffe mußte nach dem nächsten Hafen flüchten. Ein Kanaldampfer mit 500 Südafrikanern an Bord, die die Schlachtfelder an der Somme besuchen wollten, lief vor Boulogne auf Grund. Sämtliche Passagiere wurden gerettet.

19 Personen bei Schiffsuntergängen in der Nordsee ums Leben gekommen.
In London, 12. Okt. Die schweren Stürme, die während des Wochenendes über die Nordsee und Ostengland niedergingen, haben, wie erst jetzt bekannt wird, nicht nur auf dem Lande außerordentlichen Schaden angerichtet, sondern auch an zahlreichen Schiffen zu schweren Beschädigungen geführt. Bei Schiffsuntergängen in der Nordsee kamen insgesamt 19 Personen ums Leben.

Das Programm der Reichsregierung. Die Kanzlerrede in Offen. (Schluß.)

Der Reichskanzler wandte sich dann dem Problem der Arbeitslosigkeit zu, zu deren restloser Beseitigung die vorhandenen Mittel zwar nicht ausreichen. Die Regierung gebe aber bei dem Versuch, den Erwerbslosen Hilfe zu bringen, bis an die äußerste Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches. In diesen Zusammenhang entwickelte der Kanzler die Grundzüge des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Die bisherigen Ergebnisse seien keineswegs ungünstig. Seit Anfang Juli d. J. habe die Verminderung der Zahl der Erwerbslosen eine Viertelmillion betragen. Dabei beginnen die meisten Maßnahmen sich erst jetzt auszuwirken und es darf erwartet werden, daß auch in den nächsten Monaten fortschreitend Arbeit geschafft und der an sich ungünstige Einfluß der Jahreszeit auf dem Arbeitsmarkt überwunden wird.

Zu dem Stahlmarkt führte der Kanzler u. a. aus: Vom wirtschaftlichen wie politischen Gesichtspunkt aus können wir diese Regelung nur begrüßen. Sie wird durch Beendigung des Schleuderverkaufs auf den Auslandsmärkten die Rentabilität der deutschen eisenverarbeitenden Industrie erhöhen, ihr und ihren Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten sichern und den Wert der deutschen Ausfuhr in den hier in Frage kommenden Erzeugnissen steigern, was für die so dringlich günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz von größter Bedeutung ist. Endlich wird auch die eisenverarbeitende Industrie mit ihrer Arbeitsgemeinschaft Nutzen aus dem Abkommen ziehen, dadurch, daß bei der zu erstrebenden Angleichung der Auslandspreise an die Inlandspreise die fremden Industrien nicht mehr billiger mit Rohstoffen beliefert werden als ihn z. B. die deutsche Maschinenindustrie. Gegenüber der Befürchtung, die Stahlindustrie könnte sich eine den letzten Verbraucher schädigende Monopolstellung schaffen, betonte der Kanzler, daß die Regierung die Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und nötigenfalls unter voller Einwirkung ihrer Autorität sicherstellen werde, daß die Hoffnung, unter der sie die Verständigung jetzt begrüßt, auch tatsächlich in Erfüllung geht. Das Stahlabkommen habe aber eine über das rein Oekonomische hinausgehende Bedeutung. So siehe zu erwarten, daß auch auf internationaler politischem Gebiete eine weitere Verstärkung der im Gange befindlichen Entspannung als Folge der Wirtschaftsverständigung eintreten wird, zunächst innerhalb des Kreises der vier nächstbeteiligten Länder, dann aber auch darüber hinaus, denn der Stahlpakt richtet sich gegen kein Land.

Es ist in diesen Wochen im Anschluß an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund viel Kritisches über die sogen. Erfüllungs- und Sachliche Kritik der Regierungspolitik gewandt, aber selbst diejenigen, die seit der Einleitung der vielumstrittenen Erfüllungspolitik im Jahre 1921 durch den damaligen Reichskanzler Birck der Außenpolitik des deutschen Reiches stets die schärfste Opposition entgegengekehrt haben, werden nicht verkennen können, daß uns diese Politik der Verständigung doch ein gutes Stück weiter gebracht hat. Die Vera der Diktate, der Ultimaten, der Drohungen, haben wir ein für alle mal überwunden. Weite Gebiete deutschen Landes, die jahrelang unter dem schweren Druck der Besatzung zu leiden hatten, sind frei und Deutschland ist vor wenigen Wochen Mitglied des Völkerbundes geworden, der keinen Unterschied kennt zwischen Sieger und Besiegten. Das ist das bisherige Ergebnis der Verständigungspolitik, deren Gegner uns noch nicht einen besseren und schnelleren Weg zu Deutschlands wirtschaftlichem Wiederaufstieg, zu Deutschlands Befreiung gezeigt haben.

Ich muß feststellen, daß diese Opposition wesentlich stiller geworden ist. Auch in ihren Reihen beginnt man allmählich den vollzogenen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ruhiger und sachlicher zu würdigen.

Wir werden im Völkerbund ehrlich und loyal mitarbeiten im Geiste der hohen Ideale, die dem Bunde gesetzt sind und hoffen auf diese Weise auch unsere Interessen am besten zu wahren, die Interessen Deutschlands und der deutschen Minderheiten im Auslande, die von uns mit gutem Recht Schutz und Hilfe erwarten dürfen. Wenn dann in Thoiry zwischen den deutschen und französischen Außenministern eingehende Besprechungen stattfanden, die die aktuellen Fragen der gegenseitigen Beziehungen betrafen, so ist das eigentlich etwas Selbstverständliches zwischen Nationen, die einem Bunde angehören, dem die friedliche Befreiung etwa auftauchender Streitfragen als höchstes Ziel gesetzt ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß hier noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind, aber ich habe das feste Vertrauen, daß die Lösung gefunden werden wird, weil ich hüben und drüben den ernstlichen Willen sehe, sie zu finden, einen Willen, der nicht erschüttert werden darf durch bedauerliche Ereignisse, wie wir sie in den letzten Tagen im besetzten Gebiet erleben.

Der Kanzler mahnte die Bevölkerung des besetzten Gebietes zu würdiger Zurückhaltung und schloß: Solange deutsches Gebiet noch von fremden Truppen besetzt ist, wird immer die Gefahr bestehen, daß es zu Konflikten zwischen Besatzung und Bevölkerung kommt. Solche Konflikte zu vermeiden, liegt im beiderseitigen Interesse. Möge bald der Tag kommen, auf den meine und des gesamten Rabinetts heißeste Wünsche gerichtet sind: Der Tag der Befreiung deutschen Bodens von fremder Besatzung.

Am den Finanzausgleich.

Der Kampf um die finanzielle Selbständigkeit der Länder und Kommunen.

Zu Berlin, 12. Okt. Die Nachricht, daß die in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die endgültige Gestaltung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Kommunen noch nicht auf einen vom Reichskabinett gebilligten Gesetzentwurf zurückgehen, sondern sich lediglich auf einen Referentenentwurf stützen, hat in kommunalen Kreisen äußerst befriedigt, da die Kommunen

aus dieser Sprache hören, daß die von ihnen vorgebrachten umfangreichen Unterlagen über die finanziellen Wechselbeziehungen zwischen Reich, Ländern und Kommunen in dem endgültigen Gesetzentwurf noch entsprechende Würdigung finden.

Die veröffentlichten Richtlinien des „unverbindlichen Referentenentwurfs“ hatten in Kreisen der Länder und Kommunen stark bestreitet, da man dort auf dem Standpunkt steht, daß die notwendige Verlängerung der zweiten Garantiebedingung der gegenwärtigen vorläufigen Finanzausgleichsregelung (Garantierung eines Mindestumsatzsteueraufkommens für 1927 von 450 Millionen Mark) außerordentliche Schwierigkeiten für die Länder- und kommunalen Etats des Jahres 1927 ergeben müßte, da diese Spezialgarantie seinerzeit den Gemeinden ausdrücklich als Kompensation für die Herabsetzung ihres Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 90 auf 75 Prozent des Anteils an der Einkommensteuer gegeben wurde.

Die Denkschrift des Deutschen Städtetages.

Die für Ende Oktober vorgesehenen Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Ländern und den kommunalen Spitzenvertretungen haben den Deutschen Städtetag veranlaßt, die bereits auf der Stettiner Tagung angekündigte Denkschrift, die umfangreiches neuartiges statistisches Material über die wichtigsten Verwaltungs- und Finanzprobleme enthält, beschleunigt fertigzustellen. Die Denkschrift, die den Titel „Städte, Staat, Wirtschaft“ trägt, ist 60 Druckseiten stark, sie hat keinen gegen die sich auf die Wieberegabe objektiven, auf Grund umfangreicher Wirtschaft gerichteten polemischen Charakter, sondern beschränkt Erhebungen ermittelten Tatsachenmaterials. Da die Vorbereitungen für die Etatsaufstellung für das Jahr 1927 bei Reich, Ländern und Kommunen gegenwärtig im vollen Gange sind, und im Interesse einer ordnungsmäßigen Finanzgebarung die endgültige Uebersicht über die den Kommunen im Jahre 1927 zur Verfügung stehenden Mittel notwendig ist, glaubte der Deutsche Städtetag auch seinerseits alles tun zu müssen, um die notwendigen grundsätzlichen Verhandlungen mit dem Reich und den Landesregierungen durch umfangreiches statistisches Material zu beschleunigen.

Generaloberst von Heeringen †.

Zu Berlin, 12. Okt. Generaloberst von Heeringen, vormaliger Kriegs- und Staatsminister, erster Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser, ist, wie wir bereits berichteten, am Samstag in Berlin gestorben. Generaloberst von Heeringen wurde am 9. März 1850 in Kassel geboren. Er erhielt seine militärische Erziehung im preussischen Kadettenkorps und wurde 1868 zum Leutnant im Füsilierregiment Nr. 80 befördert. Am 27. Januar 1914 wurde er zum Generaloberst ernannt und erhielt bei Beginn des Weltkrieges die Führung der linken (7.) Armee, mit der er in der ersten Feldschlacht des Weltkrieges die in das Oberelsaß eingedrungenen Franzosen bei Mühlhausen auf Belfort zurückwarf. Am 26. August 1916 wurde Generaloberst von Heeringen zum Oberbefehlshaber der Küstendefensive ernannt und nach Auflösung dieses Oberkommandos im September 1918 unter Ernennung zum Chef des Kolbregiments Grenadierregiments Graf Gneisenau Nr. 9 von der Stellung als Oberbefehlshaber entbunden. Am 18. September 1918 wurde von Heeringen in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt. Generaloberst von Heeringen hat 3 Jahre lang als erster Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser der deutschen Kriegerveteranengemeinschaft und des preussischen Landeskriegerverbands gewirkt. Am 12. Dezember 1874 vermählte er sich mit Auguste von Bewall, aus der Ehe ging eine Tochter und drei Söhne hervor. Im Dezember 24 konnte er das Fest der Goldenen Hochzeit begehen. Außerdem war er Ehrenbürger der Stadt Kassel und Ritter hoher und höchster Orden.

Die deutsch-englischen Industriebesprechungen.

Zu Berlin, 12. Okt. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Broadlands befaßt das Kommuniqué über die deutsch-englischen Industriebesprechungen u. a.:

In Broadlands fanden über das Wochenende zwischen deutschen und englischen Industriellen zwanglose Unterhaltungen statt, die den Zweck hatten, festzustellen, in welchem Umfange es möglich sei, die Interessen der beiden Länder auf eine gemeinsame Formel zu bringen. Die Teilnehmer handelten hierbei in privater Eigenschaft und es bestanden keine Vollmachten irgend welche Abkommen zu schließen. Ausgehend von einer Betrachtung der Wirtschaftslage der beiden Länder, wandte sich das Interesse internationalen Abkommen auf wirtschaftlichem Gebiete zu. Hierbei wurden die Aussichten erörtert, die für eine gegenseitige Unterstützung bestehen, um Europa einer wirtschaftlichen Verbindung entgegenzuführen, insbesondere um im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in beiden Ländern in größerem Umfange Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es kann gesagt werden, daß die Besprechungen eine ausgezeichnete Grundlage für künftige Abmachungen zwischen beiden Ländern bilden werden. Darüber hinaus bedeutet nach dem Gefühl aller Beteiligten die Konferenz einen entscheidenden Beitrag für die wirtschaftliche Verständigung in Europa. Die Konferenz beschloß, einen Ausschuss zu bilden, dem u. a. Sir Robert Horne, Herr Quisberg, Herr Hannon, Herr Kastl und Herr Nugent angehören werden. Aufgabe des Ausschusses soll es sein, die aufgeworfenen Fragen weiterhin zu behandeln. Weitere Zusammenkünfte der Konferenzteilnehmer sind bereits in Aussicht genommen.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ bezeichnet die Konferenz als den Auftakt zu einem „wirtschaftlichen Locarno“. Er meint, daß die Konferenz das Ergebnis der verschiedenen inoffiziellen Fühler während der letzten 12 Monate sei und daß sie den Grund lege für die Besprechungen der allgemeinen Wirtschaftskonferenz im kommenden Frühjahr. Der Korrespondent befaßt sich weiter mit den der gegenwärtigen Aussprache vorangegangenen Ereignissen und erklärt, daß bereits Stresemann bei seinem Londoner Besuch die wirtschaftlichen Fragen angeschnitten habe und später auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Verhandlungen mit englischen Bankiers auf diese Dinge näher eingegangen sei.

Aus den Parteien.

Herbsttagung der Deutsch-demokratischen Partei.

Die Deutsche Demokratische Partei hielt in Ludwigsburg 1922 Herbsttagung ab. In einer Sitzung des Landesauschusses betonte der Vorsitzende, Landtagsabg. Dr. Brudmann, daß das Werk von Genf nichts anderes sei, als die Krönung und Schlußfolgerung der Politik, die die Deutsche demokratische Partei seit dem Jahre 1918 verfolgt hat. Landtagsabg. Scheef sprach über die württembergische Politik, wobei er betonte, daß in Württemberg die Einnahmen bisher um 13 Millionen hinter dem Vorausschlag zurückgeblieben sind, ein Beweis für die starke Schwächung der wirtschaftlichen Kraft des Landes. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der der Landesauschuss lebhaft begrüßt, daß die außerpolitische Entwicklung der letzten Monate die von Rathenau eingeleitete, von der Partei stets geforderte Grundlinie eingehalten hat und die deutsche Republik so an Weltgeltung gewinnt. Innenpolitische Einflüsse, die diese Entwicklung zu hemmen geeignet sind, müssen mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Hinsichtlich der Gestaltung der württembergischen Landespolitik bedauert der Landesauschuss, daß die gegenwärtige württembergische Regierung in ihrer Politik vorwiegend einseitige Interessen verfolgt und die wirtschaftliche Zusammenfassung von Württemberg vielfach außer Acht läßt. Die Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden trägt ihren berechtigten Lebensinteressen nicht ausreichend Rechnung. Eine planmäßig großzügige Verwaltungsreform ist auch in Württemberg unaufschiebbar. Nachmittags fand im Rathausellersaal eine öffentliche Kundgebung statt, bei der Dr. Brudmann für die beschleunigte Durchführung der Neckararbeiten als Kampfmittel gegen die Arbeitslosigkeit eintrat und Staatspräsident a. D. Dr. Hieber für die demokratische Republik eintrat, dabei jedoch eine Forderung des Wahlsystems in der Richtung verlangte, daß wieder ein enger persönliches Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten hergestellt wird. Schließlich sprach noch Reichstagsabg. Dr. Heuß über die außenpolitische Situation.

Vom Landtag.

Aus dem Finanzausschuss.

Der Finanzausschuss des Landtags trat am Freitag zur Beratung des Entwurfs einer Gerichtskostenordnung zusammen. Berichterstatter hierfür ist der Abg. Scheef. Als Vertreter der Regierung nahmen an den Verhandlungen teil Justizminister Beherle, Ministerialrat Wacher, Oberrechnungsrat Kitzling. Weiter wurde Bezirksnotar Eichhorn aus Nunningen O. L. Kottweil als ein im praktischen Leben stehender Notar als Regierungsvertreter zugezogen. Justizminister Beherle gab einleitend eine Begründung des Entwurfs. Die jetzige Gerichtskostenordnung für die freiwillige Gerichtsbarkeit fuße auf einer Verordnung der Regierung vom 23. Dezember 1922, dieselbe habe verschiedene Mängel erfahren und es sei jetzt eine Neubearbeitung notwendig, zumal die jetzige Regelung nur noch bis zum 31. Dezember 1926 laufe. Der Minister wies darauf hin, daß jetzt wieder sichere Maßstäbe für die Kauf- und Zahlkraft des Volkes gegeben seien. Ein Spranggehen an die Höhe der Vorkriegszeit sei jedoch nicht erwünscht und möglich, weil nicht nur an den Aufwand des Staates, sondern auch an die Deckung des Staatsbedarfs zu denken sei. Der Entwurf suche einen mittleren Weg zu gehen, zumal die hohen Gebühren von der Vornahme der Beschlüsse abhalten und auch solche vom Standpunkt der Rechtspflegegeschäfte nicht erwünscht seien. Auf der anderen Seite müsse der fiskalische Gesichtspunkt ebenfalls in Rechnung gestellt werden. Auf Antrag des Berichterstatters Scheef wurde sofort in die Einzelberatung eingetreten. Es wurden die Artikel 1 bis 21 mit Ausnahme des Artikels 18 und 21 erledigt. Die beiden letzteren Artikel wurden für die morgige Beratung zurückgestellt. Seitens des Berichterstatters Scheef wurden verschiedene Mängeländerungsanträge gestellt, die größtenteils zur Annahme gelangten.

Der Finanzausschuss des Landtags setzte am Samstag seine Beratungen über den Artikel 18 des Entwurfs einer Gerichtskostenordnung, der von dem Tarif handelt, fort. Mängeländerungsanträge lagen vor 1. von den Abgg. August Müller, Vogt, Scheef und Rath, 2. von dem Abg. Winkler (S) und 3. von dem Abg. Becker (Komm.). Finanzminister Dr. Dehlinger, der zu der Sitzung erschienen war, wandte sich vor allem gegen den Antrag Winkler, der einen Einnahmeausfall von 500 000 M. bedeutete. Der komm. Antrag sei überhaupt nicht diskutierbar. Die Konsequenz sei, daß bei einer Annahme des Antrags Winkler eine Vorlage der Regierung notwendig sei, um den Ausfall zu decken. Der Abmangel im Rechnungsjahr 1926 betrage jetzt schon 4 Millionen Mark. Dabei sei mit großen Nachforderungen für die Erwerbslosenfürsorge zu rechnen. Die Katastersteuern könnten nicht mehr erhöht werden. Er müsse deshalb, um die Erwerbslosenfürsorge durchführen zu können, auf Anleihenmittel zurückgreifen. Bei den Landessteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern) seien 13 Millionen Steuern ausstehend. Die Finanzlage sei ernst. Im Anschluß an die Ausführungen des Finanzministers entspann sich eine zum Teil recht lebhaft Debatte, an der sich auch der Justizminister und der Finanzminister wiederholt beteiligten. Bei der Abstimmung über die Tarifgestaltung wurden die kommunalistischen und die sozialdemokratischen Anträge mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt, und der Antrag Müller-Vogt-Scheef-Rath, der eine Ermäßigung des Tarifs der Ziffern 4—19 einschließt, angenommen. Im übrigen wurde die Regierungsvorlage angenommen. Den Einnahmeausfall durch die Annahme des Antrags Müller und Genossen schätzt der Finanzminister auf ca. 250 000 M. Art. 21 fand mit einem Ergänzungsantrag Scheef Annahme. Dann entspann sich über den Art. 22, der von der Eintragung des Eigentums und der Auflassung im Grundbuch handelt, eine umfangreiche Aussprache, die aber nicht zum Abschluß geführt werden konnte. Es sollen inzwischen weitere Verhandlungen mit dem Justizministerium stattfinden.

Aus aller Welt.

Schweres Bergwerksunglück in Bottrop.

Auf der Schachtanlage Prosper 3 in Bottrop sind durch Zerschlagen eines Rutschenbetriebes 6 Bergleute verschüttet worden. Ein Arbeiter konnte sich kurz nach dem Zubruchgehen der Strecke selbst retten. Er ist mit leichten Verletzungen zu Tage gefördert und dem Krankenhaus in Bottrop übergeben worden. Ein zweiter Arbeiter, mit dem er bei Aufräumungsarbeiten ständig in Verbindung stand, konnte etwa vier Stunden nach dem Unglück befreit werden. Auch er ist nur mit leichten Verletzungen dem Marienhospital zugeführt worden. Die 4 übrigen Verschütteten wurden als Leichen geborgen.

Zwei Kölner als Attentäter von Leiferde.

Die Morgenblätter berichten aus Luxemburg, daß sich bei der dortigen Polizei ein Mann mit Namen Bischof aus Köln gemeldet habe, der behauptet, zusammen mit einem gewissen Schutz das Attentat von Leiferde verübt zu haben. Sein Gewissen geißelt ihn, zwei unschuldig Verhaftete zu retten. Bischof habe einen Selbstmordversuch verübt.

Flugzeugabsturz bei dem Flugtag Halle.

Auf dem Flugplatz Bückeburg bei Duedlinburg fand ein Flugtag statt, an dem außer Passagierflügen und Fallschirmabstürzen auch Luftkämpfe des bekannten Fliegers Kagenstein und des Chespioten Weber von der Schwarzwaldb-Flugverkehrs-V.-G. in Freiburg vorgesehen waren. Bei den vorausgehenden Kunstflügen verlor infolge des starken Sturmes der Flieger Weber plötzlich beim Abstrubeln die Herrschaft über seine Maschine und stürzte aus erheblicher Höhe unmittelbar vor den Zuschauerplätzen zur Erde. Der Apparat wurde vollständig zerkleinert. Weber wurde mit mehrfachen Knochenbrüchen und schweren inneren Verletzungen aus den Trümmern geborgen.

Eisenbahnunfall bei Grimma.

Der Personenzug 1508 Dresden—Leipzig wurde bei der Ausfahrt aus der Station Grobbothen von einer langsam hinter ihm fahrenden Rangiermaschine angefahren. Durch Glasplitter und aus den Gepäckkästen herabfallende Gepäckstücke wurden 21 Reisende leicht verletzt. Verletzungsstörungen traten nicht ein. Die Ursache des Zusammenstoßes soll darin zu suchen sein, daß bei der Ausfahrt des Zuges die Notbremse gezogen worden ist. Dadurch sei der Zug plötzlich zum Halten gebracht worden, so daß der Führer der nachfolgenden Rangiermaschine den Zusammenstoß nicht mehr habe verhindern können.

Der Simplontunnel verschüttet.

Infolge gewaltiger Wolkenbrüche sind die Sturzflüsse am Simplonmassiv derartig angeschwollen, daß sie über die Ufer traten. Große Mengen von Geröll und schweren Felsblöcken werden von den Wassern zu Tal gerissen und vermehren die Ueberflutung. Die Hauptstrecke ist bereits zerstört und die Brücken über den St. Barthelemy-Fluß zusammen gestürzt. Auch der Simplontunnel ist durch Geröllmassen verschüttet und der Verkehr vollkommen unterbrochen. Pioniere sprengen die Felsblöcke, um den Abfluß des Wassers zu erleichtern. Der Eisenbahnverkehr über den Simplon muß über Bern und den Lötschberg umgeleitet werden. Mehrere Häuser mußten wegen der drohenden Einsturzgefahr von den Bewohnern geräumt werden.

Handgranatenkampf mit einer Räuberbande.

Im Bezirk Kowel (Polen) verfolgte die Polizei eine sechs-köpfige Räuberbande und überraschte sie endlich in einer Scheune. Die Banditen eröffneten das Feuer auf die Polizeibeamten und schleuderten Handgranaten. Die Scheune geriet in Brand und alle Räuber kamen in den Flammen um.

Grubenexplosion in Südafrika.

Die Morgenblätter berichten aus Kapstadt über eine Grubenexplosion, bei der über 100 Menschen getötet wurden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Oktober 1926.

Landpostkraftwagenkurse.

Zu dem Arbeitsplan des Reichspostministeriums gehört für die nächsten Jahre auch die Umgestaltung des Landpostwesens, wobei die Frage der Automobilisierung desselben im Vordergrund steht. Geplant ist die Beschaffung von Leichtkraftwagen mit 400—600 Kg. Nutzlast zur Brief-, Paket- und Zeitungszustellung in ausgedehnten ländlichen Postbestellbezirken. Es würden hierdurch endlich die seit langem bestehenden Wünsche der Landbevölkerung nach rascherer Postzustellung und besserer Abfertigungsgelegenheit befriedigt werden. Auf Württemberg würden schätzungsweise 200 Wagen entfallen, so daß wohl auch die Schwarzwaldbezirke, die bekanntlich sehr ausgedehnte Postbestellbezirke haben, auf Berücksichtigung rechnen dürfen. Gerade in dem ausgedehnten Landpostbezirk Calw wäre die Indienststellung eines solchen Postkraftwagens sehr erwünscht; weite Fußmärsche der Boten könnten hierdurch entbehrlich und vielfach bringende Bedürfnisse bezgl. der Postzustellung befriedigt werden. Besonders geeignet wäre wohl die Einrichtung eines Postkuriers von Calw über Oberreichenbach, Würzbach, Rätenbach, Naisslach, Aigenbach, Oberlollwangen, Breitenberg, Neuweiler, Hoffett, Hühnerberg-Niebelberg, Simmersfeld, Niehalden, Eitmannsweiler, Hornberg, Bernsdorf, Gaugenwald, Martinsmoos, Wart, Ebershardt, Rotfelden, Efferingen, Schönbrunn, Wenden, Oberhaugstett, Neuweiler, Oberlollwangen, Schmied, Diebelsberg, Lützenhardt. Vorläufig sind die Verhandlungen im Reichspostministerium noch im Fluß, wir hoffen, daß sie einen günstigen Abschluß finden werden.

Aus der evangelischen Jungmädchenarbeit.

Der Evang. Verband für die weibliche Jugend in Deutschland zählt 185 000 Mitglieder und übertrifft damit sogar die Mitgliederzahl der evangelischen Jungmännervereine, die 171 000 Mitglieder zählen. Monatlich erscheinen im eigenen Verlage 6 Zeitschriften mit 200 000 Bezählern. Der Verband arbeitet mit in der Bahnhofs- und Auswanderermission und unterhält 12 Erholungsheime für im Erwerbsleben ermüdete junge Mädchen. In Württemberg ist in diesem Jahr das ideale Erholungsheim bei Schmie eingeweiht worden.

Untersucht die Heimsparbüchsen.

Die Ein- und Zweimarkscheine haben mit dem 30. September ihre Gültigkeit verloren. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß in den Heimsparbüchsen der Kinder sich noch derartige Scheine befinden, so wird es angebracht sein, die Sparbüchsen auf das Vorhandensein solcher zu untersuchen, bevor die Einlösungspflicht der Reichsbank abläuft. Die Reichsbank löst die Scheine jetzt noch zum vollen Wert ein.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Nach Abzug der nördlichen Depression ist bereits über England eine neue Tiefdruckstörung aufgetaucht, sodaß für Mittwoch und Donnerstag die Wetterlage unbeständig bleibt.

*

SCW Altensteig, 11. Okt. In der Nacht auf Sonntag ist der 21-jährige Rotgerber Alfred Seeger mit seinem Freund, dem Wagner Gg. Finkbeiner, bei Freudenstadt mit dem Motorrad schwer verunglückt. Während Finkbeiner mit leichten Verletzungen davonkam, mußte Seeger mit doppeltem Schädelbruch ins Freudenstädter Krankenhaus eingeliefert werden, wo er inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

SCW Forzheim, 11. Okt. In einem Neubau der Nordstadt stürzte ein 5-jähriges Kind etwa 5 Meter hoch herab und wurde erheblich verletzt, sodaß es ins Kinderhospital Siloah gebracht werden mußte.

SCW Ehningen/DL. Böblingen, 11. Okt. Bei der Ortsvorsteherwahl haben von 1016 Wahlberechtigten 830 abgestimmt. Es entfielen auf Verwaltungsratschreiber Wilhelm Bauer in Baiersbrunn, Sohn des bisherigen Schultheißen, 704 Stimmen, auf den Gegenkandidaten 122 Stimmen, Bauer ist somit gewählt.

SCW Merkingen, DL. Leonberg, 11. Okt. Gemeinderat Schmiedemeister Gann war damit beschäftigt, in seiner Scheune eine Rutsche aus Brettern zum Abtransport der Garben von den oberen Scheunenböden auf seine Dreschmaschine anzubringen.

Bei dem Versuch des Gann, die angebrachte Rutsche auf ihren Halt und ihre Zuverlässigkeit zu untersuchen, stürzte er mit einem sich lösenden Brett kopfüber auf die Tenne herab. Er mußte infolge des unglücklichen Sturzes vom Platze getragen werden. Das Befinden des Verunglückten ist ernst, Lebensgefahr dürfte jedoch nicht bestehen.

SCW Heilbronn, 11. Okt. Der Kreistag des 11. Turnkreises Schwaben, der gestern in Balingen zusammentrat, hat beschlossen, das nächste Kreisturnfest im Jahre 1929 in Heilbronn abzuhalten. Der 11. Turnkreis zählt 3. Jt. 644 Vereine mit 91 000 Mitgliedern.

Sport.

Länderspiele.

Zwei bedeutende Fußballsportereignisse werden im Oktober noch vom Stapel gehen.

Am 31. Oktober wird Deutschland gegen Holland antreten und am 12. Dezember Deutschland gegen die Schweiz. Holland sowohl als die Schweiz nehmen das Spiel riesig ernst und bereiten schon jetzt ihre besten Spieler auf das große Ereignis vor. In Amsterdam spielten bereits 4 holländische Auswahlmannschaften, aus denen die Spieler ausgewählt werden sollen. Es wird interessant sein, über den Verlauf dieser Spiele zu hören.

Die deutsche Leichtathletik

schreitet von Erfolg zu Erfolg. In Paris startete Körnig, der Läufer, und erlangte zwei eindrucksvolle Siege, die auf die Franzosen den denkbar besten Eindruck machten. In Finnland trat der Ermeister Houben auf den Plan und konnte ebenfalls zwei Siege landen. Auf der Rückreise aus Budapest schnitten in Brunn Berliner Leichtathleten ebenfalls gut ab. Hünchen warf den Diskus 44,32 Meter und die Kugel 14,10 Meter. Klähn lief die 100 Meter in 11 Sekunden und Renell die 400 Meter in 51,3 Sekunden. Die 500 Meter, der Weitsprung und die 4 mal 100 Meter-Staffel gehörte ebenfalls den Deutschen, nur der 1000 Meter-Lauf ging verloren.

Aus Geld-,

Bolks- und Landwirtschaft.

Verliner Driesturse.

100 holl. Gulden	168,24
100 franz. Franken	12,14
100 schweiz. Franken	81,19

Börsenbericht.

Die Börse lag zu Wochenbeginn sehr fest, die Kurse konnten sich teilweise erheblich erhöhen.

Produktenbörsen- und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbands Württemberg und Hohenzollern E. V.

L.C. Berliner Produktenbörse vom 11. Okt.

Weizen märk. 257—260; Roggen märk. 214—219; Gerste 219 bis 299; Hafer 180—186; Hafer märk. 175—191; Mais loco Berlin 190—193; Weizenmehl 35,25—37,75; Roggenmehl 30,75 bis 31,25; Weizenkleie 10—10,25; Roggenkleie 10,50—10,60; Vitorien 45—54; kleine Speiseerbsen 32—35; Futtererbsen 21 bis 27; Peluchken 20; Ackerbohnen 20—22; Rapskuchen 14,40 bis 14,60; Leintuchen 19,20—19,30; Trockenschrot 8,80—9; Sojabohnen 19,20; Kartoffelsfloeden 20,50—21,50; Speisefarctoffeln weiß, rote unverändert; dto. gelbfleischige 7,10; Tendenz: beständig.

Stuttgarter Pferdemarkt.

Dem Pferdemarkt am Montag waren 243 Pferde zugeführt. Bezahlt wurden für schwere Pferde 1600—2000, für mittlere Pferde 800—1100 und für leichte Pferde 400—700 M. Verkauf: langsam.

Schweinepreise.

Besigheim: Milchschweine 18—25, Läufer 55—79 M. — Jilsfeld: Milchschweine 24—30 M. — Ravensburg: Ferkel 20 bis 28, Läufer 30—60 M. — Saulgau: Ferkel 24—30, Läufer bis 70 M. das Stück.

Prima
Treibriemen
f. Gewerbe u. Landwirtschaft
empfiehlt
Albert Wochele
Lederhandlung.

Lindener
Indanthren-Wasch-Samt
empfiehlt
Frau Karl Eberhard
beim Städt. Waghäusle

Sprengstoffe
Sprengkapseln
Zündschnüre
zum
Stochholz-
machen
Gerhard Paulus, Liebenzell,
Fernsprecher 15.

Liebenzell.
Im Wege der
**Zwangs-
vollstreckung**
versteigere ich am **Donners-
tag, den 14. ds. Mts., vor-
mittags 11 Uhr** gegen bare
Bezahlung:
4 vollständige Betten, je
mit Bettlade, Koff, Ma-
traze, Decke und Kissen.
Zusammenkunft b. Rathaus.
Gerichtsvollzieher
Ohngemach.

1 Bettrost, guterhalten
1 Herd mit Kupferkessel
1 ovales Faß, ca. 280 Lit.
zu verkaufen
Obere Marktstraße 20.
Gebrauchte

Fässer
in jeder Größe
verkauft
Auto-Zentrale
Calw, Wilhelm Wurster,
Fernsprecher 206.
B. S. V. C.
14. 10. 26 Bürgerstraße.

Carl Fischer, Schuhgeschäft
Stuttgarterstraße 394
bringt sein großes Lager in allen Arten
v. Schuhwaren in empfehlende
Erinnerung und bittet bei
Bedarf um geneigten
Zuspruch.
Reparaturen werden schnell und billigt
ausgeführt.

Lederfett
Wagenfett
empfiehlt
Albert Wochele,
Lederhandlung.

Lichtige, sauber arbeitende
Weißnäherin
zum Flickern, Nähen (entf.
mit der Maschine stopfen)
für 2—3 Tage monatlich
ins Haus gesucht. Aus-
führliche Angebote sind zu
richten an
**Frau Barth, Bad Lieben-
zell, Villa Barth.**

**Jeden Morgen
2 Minuten**

sind nur notwendig um Ihren
Schuh immer wieder neuen
Glanz und neues Aussehen zu
verleihen.
Sie müssen aber
PILO
in der schwarzen Dose
als Pflegemittel verwenden.

**Kleines Haus
oder Wohnung**
von 4—6 Zimmer und Nebenräumen
in **Liebenzell** bald oder später
zu mieten gesucht.
Angebote bitte unter H. C. an die Geschäftsstelle
ds. Bl.

